

Mandanteninformation zum KONJUNKTURPAKET der Bundesregierung vom 03. Juni 2020

Sehr geehrte Mandanten,
sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend möchten wir Sie über die gesetzlichen Änderungen informieren, die im sog. Konjunkturpaket am 03.06.2020 beschlossen worden sind.

I. Änderungen der Umsatzsteuersätze für den Zeitraum 01.07. - 31.12.2020 in Deutschland

Mit Beschluss vom 03.06.2020 hat die Regierungskoalition verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Folgen beschlossen. Ziel der Maßnahmen ist insbesondere die Stärkung der Konjunktur und der Wirtschaftskraft in Deutschland. Als zentrales Element zur Erreichung dieses Ziels hat die Regierungskoalition beschlossen, dass „zur Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland [...] befristet vom 1.7.2020 bis zum 31.12.2020 der Mehrwertsteuersatz von 19% auf 16% und von 7% auf 5% gesenkt [wird]“.

Ungeachtet der Frage, ob diese befristete Maßnahme die gewünschte Wirkung zeigen kann, führt die Absenkung der Mehrwertsteuersätze für Unternehmen zu einem umfassenden kurzfristigen Handlungsbedarf, insbesondere sind Systeme und Prozesse anzupassen, Verträge zu ändern und die Buchhaltung ist umzustellen. Zugleich ist im Auge zu behalten, dass die Änderungen in sechs Monaten wieder rückgängig zu machen sind.

Insbesondere folgende Bereiche sind durch die Steuersatzänderungen betroffen und bedürfen einer kurzfristigen Anpassung:

- Die verminderten Steuersätze gelten nur für Leistungen, die im Zeitraum 01.07. bis 31.12.2020 (im Folgenden: Übergangszeitraum) **ausgeführt** werden. Unbeachtlich ist hingegen der Zeitpunkt des Vertragsschlusses, der Rechnungsstellung oder der Zahlung.
- Sofern der Unternehmer **Anzahlungen vor** dem 01.07. erhält, die Leistung jedoch im Übergangszeitraum ausgeführt wird, unterfällt das gesamte Entgelt dem verminderten Steuersatz (§ 27 Abs. 1 UStG). Dies ist entsprechend auf der zu erstellenden **Schlussrechnung** zu berücksichtigen.
- Das voranstehende Thema gilt gleichermaßen für Anzahlungen im Übergangszeitraum für Leistungen nach dem 31.12.2020.
- Für sämtliche **Ausgangsrechnungen** mit deutscher Steuer sind die Steuersätze anzupassen. Dies hat zur Folge, dass kurzfristig neue **Steuerkennzeichen** benötigt werden. Zudem ist sicherzustellen, dass die bestehenden Kennzeichen für den Übergangszeitraum nicht verwendet werden.
- Gleichermaßen sind auch neue Steuerkennzeichen für im Inland steuerbare **Reverse-Charge** Eingangsleistungen sowie **inneregemeinschaftliche Erwerbe** für den Übergangszeitraum erforderlich.
- Sämtliche **Kassensysteme** sind auf die neuen Steuersätze umzustellen.
- Für die neuen Steuersätze werden neue **Konten** in der Buchhaltung benötigt.

- Bei der **Rechnungseingangsprüfung** ist sicherzustellen, dass auch die Rechnungen der Lieferanten für Leistungen im Übergangszeitraum nur die verminderte Umsatzsteuer ausweisen. Sofern die Umsatzsteuer hingegen auf Basis der bislang gültigen Steuersätze abgerechnet wird, ist zu beachten, dass es sich anteilig um einen Falschausweis nach § 14c Abs. 1 UStG handelt. Die zu hoch ausgewiesene Steuer darf daher nicht als **Vorsteuer** geltend gemacht werden.
- Da die Steuersatzänderungen sowohl den Regel- als auch den ermäßigten Steuersatz betreffen, ist ein besonderes Augenmerk auf **Reisekostenabrechnungen** zu richten (z.B. Hotelübernachtung, Bahnticket).
- Buchungen von Übernachtungen oder Bahnfahrten für Zeiträume ab dem 01.07.2020 führen auch bereits bei Vorabzahlung zu den verminderten Steuersätzen.
- Die **PKW-Überlassung** an Mitarbeiter löst für den Übergangszeitraum nur eine Besteuerung mit dem verminderten Steuersatz von 16% aus.
- Bei **Dauerleistungen** (insb. Mietverträgen und Leasingverträgen) ist sicherzustellen, dass die Verträge - sofern diese als Rechnungen fungieren - für den Übergangszeitraum angepasst werden. Alternativ sind entsprechende **Dauerrechnungen** anzupassen.
- **Leasing-Sonderzahlungen** sind entsprechend der dann ausgeführten Teilleistungen aufzuteilen.
- Bei der Ausgabe von **Gutscheinen** i. S. d. § 3 Abs. 13 UStG ist davon auszugehen, dass ein Gutschein, der sowohl im Übergangszeitraum als auch davor oder danach eingelöst werden kann, kein Einweckgutschein sein kann, da der anzuwendende Steuersatz nicht feststeht. Das bedeutet, die Höhe des gültigen Steuersatzes ist vom Zeitpunkt des Einlösen des Gutscheins abhängig.
- Bei **Jahresboni** ist zu beachten, dass der Bonus aufzuteilen ist in Leistungen bis zum 30.06. und Leistungen ab dem 01.07.
- Soweit aus einer Rechnung für eine vor Beginn des Übergangszeitraums ausgeführte Leistung im Übergangszeitraum **Skonto** gezogen wird, gilt für den Skontoabzug der bislang anzuwendende Steuersatz. Dies gilt gleichermaßen für den umgekehrten Fall am Ende des Übergangszeitraums.
- Aufgrund der Regelung in § 29 UStG kann es zu **Ausgleichsverpflichtungen** zwischen leistendem und Leistungsempfänger im Fall von langfristigen Verträgen kommen. Hier ist zu prüfen, ob in entsprechenden Verträgen ggf. eine abweichende Vereinbarung getroffen wurde.
- Aus der Gültigkeit der verminderten Steuersätze bis zum 31.12.2020 ergeben sich Änderungen für Jahresleistungen (z.B. **Lizenzen**). Da diese Leistungen mit Ablauf des vereinbarten Leistungszeitraums als erbracht anzusehen sind, gilt für diese der verminderte Steuersatz des Übergangszeitraums. Dies gilt selbst dann, wenn die Zahlung für das gesamte Jahr bereits vorab geleistet wurde. Insoweit ist eine Anpassung der Zahlung und der Rechnung erforderlich.
- **Mitgliedsbeiträge** für ein Kalenderjahr unterliegen in 2020 den verminderten Steuersätzen, da die Mitgliedschaft bis 31.12.2020 als an diesem Tag als vollendet gilt.
- **Zeitschriften-Abos** sind entsprechend zu prüfen und anzupassen.

II. Andere wichtige Steueränderungen

- Temporäre Wiedereinführung der degressiven Abschreibungsmethode für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens für die Veranlagungszeiträume 2020 und 2021.
- Einführung erweiterter Abschreibungsmöglichkeiten für digitale Wirtschaftsgüter
- Verschiebung der Fälligkeit der Einfuhrfuhrumsatzsteuer auf den 26. des Folgemonats
- Erweiterung des steuerlichen Verlustrücktrags für die Jahre 2020 und 2021 auf maximal 5 Mio. EUR bzw. 10 Mio. EUR bei Ehegatten. Dabei wird ein Mechanismus eingeführt, damit dieser Rücktrag unmittelbar finanzwirksam schon in der Steuererklärung 2019 nutzbar gemacht werden kann, z. B. über die Bildung einer steuerlichen Corona-Rücklage
- Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts u. a. durch Einführung eines Optionsmodells zur Körperschaftsteuer für Personengesellschaften und die Anhebung des Ermäßigungsfaktors bei Einkünften aus Gewerbebetrieb auf das Vierfache des Gewerbesteuerhebesatzes.
- Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge bei maximal 40%.
- Auflegung eines Programms für Überbrückungshilfen mit einem Volumen von bis zu 25 Mrd. EUR zur Sicherung der Existenz von KMU. Antragsberechtigt sind Unternehmen, deren Umsätze Corona-bedingt im April und Mai 2020 um mindestens 60% gegenüber April und Mai 2019 rückgängig gewesen sind und deren Umsatzrückgänge in den Monaten Juni bis August 2020 um mindestens 50% fortauern. Die Antragsfrist endet am 31.08.2020. Geltend gemachte Umsatzrückgänge und fixe Kosten sollen durch einen Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer in geeigneter Weise geprüft und bestätigt werden. Bei diesen Überbrückungsbeihilfen handelt es sich nach unserem Verständnis um eine nicht-rückzahlbare Zuwendung, d.h. sie fördert die Liquidität und damit die Substanz. Sie führt damit nicht zu einer weiteren Verschuldung des betroffenen Unternehmens.
- Stärkung der Mobilität bei gleichzeitiger Sicherstellung von mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz z. B. durch eine stärker an CO²-Emissionen ausgerichteten Kfz-Steuer.
- Aufstockung des CO²-Gebäudesanierungsprogramms für 2020 und 2021 um eine Mrd. Auf 2,5 Mrd. EUR.
- Schrittweise Senkung der EEG-Umlage durch Gewährung staatlicher Zuschüsse.

Stand 4.6.2020

Mit dieser tabellarischen Aufstellung möchten wir Ihnen einen ersten Überblick über die anstehenden gesetzlichen Änderungen geben. Natürlich stehen wir Ihnen im gewohnten Umfang für nähere Erläuterungen oder Hilfestellung bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen gerne zur Verfügung.

Es grüßt Sie herzlich das Team von



Harrer Dr. Schwarz & Partner mbB
Wirtschaftsprüfung . Steuerberatung
Ingolstädter Str. 14, 92318 Neumarkt

09181/2661-13 (tel)
09181/2661-11 (fax)

<http://www.harrer-nm.de>
gabriele.harrer@harrer-nm.de